

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1354

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1354



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Der Wissenschaftler Peter Thomas Bauer, ein Experte für Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung, ist nicht zuletzt für sein umfassendes historisches Wissen bekannt. Aufgrund seiner engen Vertrautheit mit vielfältigen historischen Fakten nimmt er bei seinen Versuchen, das Phänomen des Wirtschaftswachstums zu verstehen, stets Bezug auf historische Studien (Walters 1989, 60; Dorn 1987). Denn allzu oft, bemängelt Bauer, würden Forscher die so bedeutende «historische Dimension» vernachlässigen, wenn sie sich mit Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung auseinandersetzen.

«Der historische Hintergrund ist grundsätzlich wichtig für eine ernst zu nehmende Erörterung der wirtschaftlichen Entwicklung, die einen wesentlichen Bestandteil der Entwicklung von modernen Gesellschaften ausmacht. Viele der bekanntesten Veröffentlichungen über Entwicklung lassen sowohl den historischen Hintergrund als auch den Charakter dieser Entwicklung ausser Acht» (Bauer 1972, 324f.).

Zu viele Autoren sind heute einer gewissen Überspezialisierung anheimgefallen. Eine positivistische Obsession mit Daten, welche zufällig mathematischen Auswertungsmethoden zugänglich sind, rückt zunehmend in den Vordergrund. Mit dem Resultat, dass verbreitete Modelle der Entwicklung an Realitätsbezug einbüßen:

«Fähigkeiten und Einstellungen, Sitten und Institutionen können nicht immer in erhellender Art und Weise quantifiziert werden. Dabei sind gerade diese Faktoren für eine wirtschaftliche Entwicklung wesentlich bedeutender, als beispielsweise die Handelsbedingungen, Devisenreserven oder Kapitalproduktivität, welche die heutige Fachliteratur prägen» (ebd., 326).

Selbst wenn ein Autor einen historischen Ansatz wählt, führt die Konzentration auf quantifizierbare Daten und die Vernachlässigung soziopsychologischer und institutioneller Faktoren zwangsweise zu einer Beschneidung der chronologischen Perspektive und damit zu verzerrten Ergebnissen mit effektiv beschränkter Aussagekraft.

«Es ist irreführend, bei der Erklärung der europäischen Wirtschaftsentwicklung deren Ausgangspunkt im 18. oder 19. Jahrhundert zu sehen. In der Zeit davor verharrte Europa keineswegs in einem vakuumähnlichen Schwebezustand ohne jeglichen wirtschaftlichen Fortschritt. Bis dahin war der Westen bereits stärker von Vorstellungen und Institutionen durchdrungen, die einer Tauschwirtschaft und Technolo-

* Der Autor (1936-2016) war Historiker, Professor für Geschichte am Buffalo State College und Senior Fellow am Ludwig von Mises Institute. Sein Klassiker «Die Partei der Freiheit: Studien zur Geschichte des deutschen Liberalismus» ist auf www.libinst.ch abrufbar.

gieentwicklung Vorschub leisteten, als es in Südasien heute der Fall ist. Diese Denkweisen und Institutionen hatten sich schrittweise in den vorangegangenen acht Jahrhunderten entwickelt» (ebd., 219f.).

An der Wurzel des Ansatzes, den Bauer kritisiert, scheint ein methodologischer Holismus zu stehen, welcher bevorzugt mit Aggregaten hantiert, während individuelle Akteure und die durch diese geschaffenen Institutionen ignoriert werden. Doch sind es gerade die «Unterschiede zwischen menschlichen Fähigkeiten und ihren Institutionen, welche tief verwurzelt sind und somit weitgehend die Erklärung für die Diskrepanzen wirtschaftlicher Entwicklung sowie auch der Geschwindigkeit materiellen Fortschritts liefern» (ebd., 313f.).

Entsprechend verweist Bauers Kritik auf die Notwendigkeit, die Jahrhunderte europäischer Geschichte vor der industriellen Revolution zu studieren, wie auch «die Zusammenhänge zwischen sozialen, politischen und juristischen Institutionen» dieser Zeit. Seine Einschätzungen knüpfen hierbei an eine beeindruckende Sammlung von Forschungsergebnissen an, welche in den letzten Jahren entstanden ist und genau diese essentiellen Punkte adressiert.

«Das Europäische Wunder»

Wie überall in der Wissenschaft wäre es falsch anzunehmen, dass in Bezug auf das Verständnis und die Interpretation der Zusammenhänge europäischer Wirtschaftsgeschichte unter Forschern und Akademikern eine einheitliche Sichtweise vorherrschen würde. In der Tendenz zeigt sich aber ein Bild – getragen durch eine nennenswerte Anzahl Autoren –, das gewisse Faktoren hervorhebt. Der Einfachheit halber werden wir diese Autoren, trotz ihrer Unterschiede, unter dem Titel einer Denkschule zusammenfassen. Deren Ausrichtung kann als «institutionell» bezeichnet werden – oder, um den Titel eines der bekanntesten Werke auf diesem Gebiet zu zitieren – als den Ansatz des «Europäischen Wunders».

Dieses «Wunder» besteht in einer einfachen, aber bedeutenden Tatsache: In Europa – und in den europäischen Hoheitsgebieten, insbesondere Amerika – wurde nach jahrhundertelanger ökonomischer Tristesse auf einen Schlag zum ersten Mal gegen Ende des 18. Jahrhunderts eine allgemeine Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens erreicht.

Durch diese rapide Zunahme des allgemeinen, erstmals nicht nur dem Adel zukommenden Wohlstands gelang es der europäischen Gesellschaft, der «Malthusianischen Falle» zu entkommen. Millionen neu heranwachsende Menschen hatten plötzlich intakte Chancen, das hoffnungslose Elend hinter sich zu lassen, an welches ein überwiegend grosser Anteil aller bisherigen Generationen gebunden war. Aus heutiger Perspektive betrachtet stellt sich somit unweigerlich die Frage: Warum ausgerechnet Europa?

Eine mögliche Antwort auf diese Frage, die lange Zeit in intellektuellen Kreisen des Westens und unter den Regierungen der Entwicklungsländer grosse Zustimmung

genoss, ist stark von sozialistischem und auch marxistischem Gedankengut beeinflusst. Diese Sichtweise führte die aussergewöhnliche Entwicklung Europas auf eher zufällige wissenschaftliche Fortschritte in Verbindung mit einer «primitiven Akkumulation» von Kapital zurück – ermöglicht durch autoritären Imperialismus, Sklaverei und Sklavenhandel, die Enteignung von Kleinbauern und die flächendeckende Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Demzufolge war die Schlussfolgerung klar: Das aussergewöhnliche Wachstum Europas geschah auf Kosten von Millionen Versklavten und Unterdrückten, und konsequenterweise sollte die europäische Erfahrung den Verantwortlichen in unterentwickelten Ländern mehr als Warnung denn als Vorbild dienen.

Die Anhänger der oben genannten «institutionellen Schule» lehnen diese hergebrachten, nicht der Historie entsprechenden Behauptungen jedoch ab. Da sie sich mit vergleichender Wirtschaftsgeschichte befassen, haben sie den Ursprung der europäischen Entwicklung vielmehr in jenen Eigenschaften gesucht, welche Europa von anderen grossen Zivilisationen, wie etwa China, Indien oder den islamischen Raum, unterscheiden. Durch diese Vorgehensweise lässt sich die Antwort auf die Frage «Warum Europa?» ziemlich einheitlich beantworten: Weil Europa eine relativ geringe politische Behinderung oder Blockierung genoss. Jean Baechler, ein Pionier auf diesem Gebiet, drückte dies treffend so aus:

«Die erste Voraussetzung für die Maximierung der wirtschaftlichen Effizienz ist die Befreiung der Zivilgesellschaft vom Staat. Die Ausbreitung des Kapitalismus schuldet ihr Entstehen und ihren Daseinszweck der Anarchie» (Baechler 1975, 77, 113).

Die Einzigartigkeit Europas

John Hicks deutete diesen Ansatz teilweise schon Ende der 1960er Jahre an (Hicks 1969). In seinem Werk «Eine Theorie ökonomischer Geschichte» legte Hicks die wichtigsten Bedingungen für eine expandierende, handelsorientierte Phase der wirtschaftlichen Entwicklung dar: den Schutz von Eigentum und die Durchsetzung verbindlicher Verträge. Er stellte fest:

«Die Handelsgesellschaft war im Ursprung eine Flucht vor der Autorität der Politik – auch wenn sie dabei eigene politische Autoritäten hervorbrachte. Dann, in einer mittleren Phase, als sie zurück unter die alte Herrschaft der Politik kam, war diese nicht stark genug, um sie zu kontrollieren» (ebd., 33, 100).

Hicks' Darstellung stellte sich jedoch als viel zu schematisch heraus, zumal sie sich auf die ökonomische Analyse beschränkte und politische, religiöse, wissenschaftliche Faktoren und solche anderer Art absichtlich ausser Acht liess. Etwa gleichzeitig mit Hicks skizzierte auch David Landes (1970) die Grundzüge einer neueren Perspektive. Die Antwort auf die Frage, warum der industrielle Durchbruch gerade in Europa stattgefunden hatte, sah er in den folgenden beiden Faktoren begrün-

det, in denen sich Europa vom Rest der Welt unterschied: Die Verbreitung und Effizienz privaten Unternehmertums, und die hohe Wertschätzung für rationale Veränderungen der menschlichen und materiellen Umwelt. «Die Rolle der Privatunternehmen im Westen» so Landes, «ist vielleicht einzigartig: Sie schuf die moderne Welt, mehr als jeder andere Faktor» (ebd., 15).

Doch woran lag es, dass die Privatwirtschaft in Europa derart aufblühen konnte? Landes fokussiert sich auf einen Aspekt, der für die neue Denkschule unglaublich wichtig sein würde: Europas radikale Dezentralisation.

«Aufgrund seiner entscheidenden Rolle als Geburtshelfer und als Machtinstrument in einem Kontext vieler konkurrierender Gebietskörperschaften (im Gegensatz zu den umfassenden Reichen des Orients und der antiken Welt), besass das Unternehmertum im Westen eine politische und soziale Lebendigkeit ohne Vorbild und ohne Gleichen» (ebd.).

Europa blieben schädliche Staatseingriffe natürlich nicht erspart. Die Umstände in einigen Teilen Europas förderten zudem vereinzelt eine Präferenz für militärische Werte. Insgesamt jedoch war das private Unternehmertum gefestigt, seine Lage verbesserte sich im Laufe der Zeit. Dies wird ersichtlich in den institutionellen Rahmenbedingungen der Schaffung und Verteilung von Wohlstand.

Notwendige Bedingungen für wirtschaftliche Expansion waren die Bestimmung und Verteidigung von Eigentumsrechten gegen jegliche politisch willkürliche Autorität. Dies gelang in Europa früher und besser als an anderen Orten der Welt. Landes vergleicht die Methoden der Steuereintreibung in Europa (die von Vertretern der Steuerzahler beaufsichtigt wurden) mit den erpresserischen Systemen, die überwiegend in den grossen Imperien Asiens und den muslimischen Staaten des mittleren Ostens zu finden waren. Bestrafung und Erpressung galten dort nicht nur als eine geschickte Geldeinnahmequelle, sondern auch als Weg, soziale Kontrolle auszuüben – als Instrument, um Machtansprüche der Neureichen und Ausländer im Keim zu ersticken und ihre Herausforderung an die etablierten Mächte abzuwenden (ebd., 16f.).

Landes' Erkenntnisse, in den einleitenden Seiten seines Buches «Prometheus Unbound» kompakt umrissen, wurden von Vertretern der neuen Schule erheblich ausgeweitet. Das Ergebnis ist eine weitreichende Interpretation der westlichen Geschichte, die wie folgt zusammengefasst werden kann:

Auch wenn geografische Faktoren eine Rolle spielten und obwohl Europa einheitlich römisch-christlich geprägt war, stellt seine radikale Dezentralisierung den Schlüssel zur westlichen Entwicklung dar. Ganz im Gegensatz zu anderen Kulturen – insbesondere China, Indien und der islamischen Welt – war Europa ein System von geteilten und deswegen konkurrierenden Mächten und Rechtssystemen.

Nach dem Fall des Römischen Reichs schaffte es kein weiteres Reich in Europa an die Grösse und Dominanz dieser ehemals so umfassenden Macht heranzukommen. Diese Tatsache war von grösster Bedeutung. Auf Montesquieu anspielend, hebt Jean Baechler hervor: «Jede politische Macht tendiert dazu, alles Auswärtige

und Fremde zu unterdrücken, und deshalb braucht es machtvolle Hürden, um zu verhindern, dass dies gelingt» (Baechler 1975, 79). Diese Hürden waren in Europa dadurch gegeben, dass die politischen Machthaber miteinander konkurrierten. Statt Europa in der Hegemonie eines dominanten Imperiums versinken zu lassen, brachte der Kontinent ein Mosaik aus Königreichen, Stadtstaaten, Fürstentümern, kirchlichen Herrschaftsgebieten und anderen politischen Einheiten hervor.

In diesem System wäre es für den Fürsten ungemein unklug gewesen, Eigentumsrechte in der Art zu missachten, wie es in anderen Teilen der Welt durchaus üblich war. In dauerhafter Rivalität miteinander erkannten die Fürsten, dass Enteignungen, konfiskatorische Besteuerung und die Unterdrückung des Handels nicht ungestraft blieben. Die Strafe bestand darin, dazu verdammt zu sein, zusehen zu müssen, wie sich die Rivalen wirtschaftlich relativ besser entwickelten; häufig durch selbst verursachte Kapitalabwanderungen der Unterdrückten und Enttäuschten in die Nachbarreiche. Die Möglichkeit der Abwanderung, die «Exit Option», erleichtert durch die geografische Kompaktheit und besonders eine gewisse kulturelle Ähnlichkeit innerhalb Europas, verwandelte den Staat in ein «gebändigtes Raubtier» (Anderson 1991, 58).

Die Dezentralisierung von Macht begann auch die Herrschaftsformen innerhalb der verschiedenen europäischen Staaten zu prägen. Dem Feudalismus – der eine Oberschicht hervorbrachte, die sich auf ihr feudales Recht berief und nicht auf ihren Dienst am Staat – wird von vielen Wissenschaftlern eine essenzielle Rolle beigemessen (siehe Baechler 1975, 78). Im Kampf um Macht in den Hoheitsgebieten entstanden Entitäten, welche das Volk vertreten sollten. Auch wurden den Fürsten durch Verfassungen und Grundrechtsdeklarationen (z.B. Magna Charta), welche ihnen durch die Bürger aufgezwungen wurden, die Hände gebunden. Selbst in relativ kleinen Staaten Europas war die Macht geteilt zwischen Ständen, Orden, verfassten Städten, religiösen Gemeinden, Universitäten und anderen Einheiten, jede mit eigenen, den Mitgliedern garantierten Freiheiten. Die Herrschaft des Rechts wurde so in weiten Teilen des Kontinents etabliert.

Letztlich kristallisiert sich die Überzeugung heraus, dass, um es in den Worten von Jones auszudrücken, «die Behinderung des raubtierhaften Steuerstaates» und die «Grenzen, die der Willkür durch eine wettbewerbliche politische Arena gesetzt wurden», entscheidend waren für die Entwicklung Europas (Jones 1987, xix, xxi). Mit der Zeit wurden Eigentumsrechte – auch Rechte an der eigenen Person – klarer definiert, sie gaben den Eigentümern die Möglichkeit, mehr von Investitionen und Fortschritt zu profitieren (North 1981).

Mit der freieren Verfügung über Privateigentum entstand die Möglichkeit anhaltender Innovationen, die der Markt sogleich auf die Probe stellte. Auch hier zeigte sich der Vorteil des wettbewerblichen Systems. Die europäischen Nationen funktionierten wie eine Gruppe von Kapitalgesellschaften, jede mit ihren eigenen implizierten Ressourcen und Freiheiten, sodass sie gegen «die Unterdrückung des Neuen und Unorthodoxen im ganzen System» Sicherheit boten (Jones 1987, 119). Eine neue soziale Schicht, bestehend aus Händlern, Kapitalisten und Produzenten, entstand, «die

Immunität besass gegen Eingriffe jener starken sozialen Kräfte, die sich gegen Wandel, Wachstum und Erfindungen stemmte» (Rosenberg und Birdzell 1986, 24).

Letztlich erreichte die Wirtschaft Europas einen Grad an Autonomie, welches (mit Ausnahmen von kurzen Perioden) in der restlichen Welt unbekannt blieb. Wie Jones (1987, 85) es ausdrückt:

«Wirtschaftliche Entwicklung in der Art, wie Europa sie erlebte, erforderte vor allem Freiheit von willkürlichen politischen Eingriffen in das Privateigentum. Güter und Produktionsfaktoren mussten frei sein, um gehandelt werden zu können. Preise mussten auf Handel basieren, der nicht an Bedingungen gebunden war, wenn sie unverzerrte Signale für die tatsächliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistern sein sollten.»

Das System, das Eigentum und dessen freie Verwendung schützte, entwickelte sich graduell in Europa – über mindestens «acht Jahrhunderte», wie es Bauer erwähnt. Entsprechend schenken Historiker, die sich mit der Frage befassen, «wie Europa reich wurde», dem Mittelalter viel Aufmerksamkeit.

Die Bedeutung des Mittelalters

Das sich hartnäckig haltende Vorurteil, nach dem das Mittelalter ein durch und durch «dunkles Zeitalter» gewesen sei, das vor allem von den Humanisten der Renaissance und Philosophen der Aufklärung immer wieder verbreitet wurde, hält einer wissenschaftlichen Prüfung nicht stand. Und doch ignorieren viele Autoren die Bedeutung des Mittelalters für das europäische Wachstum – ein Ansatz, der genauso viel Sinn macht, wie die Erklärung des ökonomischen und kulturellen Erfolges der Juden in Europa erst mit dem 18. Jahrhundert zu beginnen. Wirtschaftshistoriker, die in der Tradition des grossen belgischen Historikers Henri Pirenne (Pirenne 1937) stehen, schätzen das Mittelalter ganz anders ein. Carlo M. Cipolla stellt fest, dass «die Ursprünge der industriellen Revolution auf tiefgehende Veränderungen der Ideen, sozialen Strukturen und Werte zurückzuführen sind, die den Aufschwung der städtischen Gemeinschaften im 11. und 13. Jahrhundert begleiteten» (Cipolla 1981, 298).

Robert S. Lopez sagt über das Europa des späten 10. bis 14. Jahrhunderts: «Hier schafft es eine unterentwickelte Gesellschaft zum ersten Mal in der Geschichte, sich im Wesentlichen aus eigener Kraft zu entwickeln. Sie schuf unverzichtbare materielle und moralische Grundlagen für ein Jahrtausend nahezu ungestörter wirtschaftlicher Entwicklung, die wir auf mehr als nur eine Weise heute noch erleben dürfen» (Lopez 1971, vii).

Lopez stellt einen spannenden Vergleich der europäischen Entwicklung mit dem benachbarten islamischen Kulturraum an, wo politischer Druck das Potenzial eines ökonomischen Aufschwungs erstickte:

«Die frühen Jahrhunderte der Expansion des Islams eröffneten Händlern neue Aussichten. Aber es gelang ihnen nicht, den Städten jene Freiheit und Macht zu ver-

leihen, die für ihren Fortschritt unabdingbar gewesen wären. Im immer enger werdenden Griff des Militärs und der Aristokraten verlor die Revolution, die im 10. Jahrhundert vor der Tür stand, an Schwung und scheiterte» (ebd., 57).

Mit dem stetigen Wachstum von Industrie und Handel in Europa verstanden die Menschen zunehmend, dass «Handel von Freiheit lebt und Beschränkungen entflieht; normalerweise waren die Städte mit den liberalsten Gesetzen auch die wohlhabendsten» (ebd., 90). Diese Beispiele, welche den einzelnen Nationen Europas ständig vor Augen gehalten wurden, gerade weil Europa ein dezentrales System wettbewerblicher Hoheitsgebiete war, halfen die liberale Politik zu verbreiten, die Wohlstand in jene Städte brachte, die zuerst mit ihr experimentierten.

Wissenschaftler wie Cipolla und Lopez, die versuchen die europäische Entwicklung im Mittelalter nachzuvollziehen, verweisen immer wieder auf Ideen, Werte, gesellschaftliche Moralvorstellungen und ähnliche kulturelle Faktoren. Wie Bauer betont hat, ist dies ein charakteristischer Teil der europäischen Geschichte, der aber nicht von der Geschichte seiner Institutionen getrennt werden kann. Viele Geschichtsschreiber halten entsprechend das Christentum für einen wichtigen Einflussfaktor. Harold J. Berman (1974) betont, dass nach dem Fall des römischen Reichs, und dem Übergang zu einer Herrschaft der Germanen, Slaven und anderer Völker, christliche Ideen und Werte die ganze blühende Kultur Europas durchfluteten. Obwohl viele dieser «heidnischen» Stämme keineswegs christlich waren, starb das Christentum nicht aus. Vielmehr existierte es weiter und verbreitete sich laufend in ganz Europa, indem seine Vorstellungen in die lokalen Kulturen miteinbezogen wurden. Somit reichen christliche Beiträge zur heutigen Kultur von der Abschaffung der Sklaverei über mehr Gleichheit innerhalb der Familie bis hin zu naturrechtlichen Konzepten, einschliesslich der inhärenten Rechtmässigkeit, sich ungerechter Herrscher zu erwehren. Das kanonische Gesetz der Kirche übte einen entscheidenden Einfluss auf die westlichen Rechtssysteme aus: «Es war die Kirche, die den Menschen der westlichen Welt erstmals beibrachte, wie ein modernes Rechtssystem auszusehen hat» (ebd., 59).

Berman lenkt die Aufmerksamkeit auf eine kritische Entwicklung, die im elften Jahrhundert begann: die Schaffung einer organisierten, hierarchisch aufgebauten Kirche durch Papst Gregor VII. und dessen Nachfolger, welche von Kaisern, Königen und Feudalherren unabhängig war und darum die Fähigkeit besass, machterheischenden weltlichen Herrschern im Wege zu stehen (ebd., 56). Damit bestärkt Berman die Analyse des berühmten Lord Acton, nach der die zentrale Rolle der katholischen Kirche darin bestand, im Westen Freiheit zu schaffen, indem sie einer Machtkonzentration zuvorkam, welche die anderen grossen Kulturkreise prägte. Sie leistete damit einen Beitrag zum Europa der geteilten und konkurrierenden Rechtssysteme.

In einer grossartigen Zusammenfassung, «Recht und Revolution», hebt Berman die rechtlichen Facetten der Entwicklung hervor, deren ökonomische, politische und ideologische Aspekte andere Wissenschaftler untersucht haben (Berman 1983): «Vielleicht ist das grösste Alleinstellungsmerkmal des Rechtssystems westlicher Tradition, dass innerhalb einer Gemeinschaft diverse Rechtssysteme koexistieren und miteinander konkurrieren. Die Pluralität der Rechtshoheiten und Rechtssysteme ist

es, welche die Vormachtstellung des Rechts sowohl notwendig als auch möglich macht» (ebd., 10).

Bermans Arbeit folgt der Tradition des englischen Wissenschaftlers Alexander J. Carlyle, der aus seiner monumentalen Studie über das politische Denken im Mittelalter schlussfolgernd die Grundprinzipien mittelalterlicher Politik zusammenfasst: Alle – auch der König – sind durch das Gesetz gebunden; ein gesetzloser Herrscher ist kein König sondern ein Tyrann; wo es kein Recht gibt, dort gibt es auch keine allgemeine Wohlfahrt; es existiert ein Vertrag zwischen einem Herrscher und dessen Untertanen (Carlyle 1950, 503-526).

Andere kürzlich erschienene Arbeiten auf diesem Gebiet unterstützen diese Schlüsse. In seinem letzten hinterlassenen Werk merkte der ausgezeichnete wirtschaftsphilosophische Historiker Jacob Viner an, dass die Verweise auf die Frage der Besteuerung bei Thomas von Aquin «so daher kommen, als ob es eine eher aussergewöhnliche Handlung eines Herrschers sei, die wahrscheinlich moralisch verwerflich sei» (Viner 1978, 68f.). Des Weiteren verweist Viner auf die päpstliche Bulle «in coena domini» – die offensichtlich jedes Jahr bis zum späten 18. Jahrhundert neu herausgegeben wurde – welche drohte, jeden Herrscher zu exkommunizieren, der «neue Steuern erhöhe oder alte erhöhen würde, ausser in Fällen, in denen es von Gesetzes wegen ausdrücklich vorgesehen ist oder auch mit ausdrücklicher Einwilligung des Papstes» (ebd., 69).

Das Mittelalter brachte verschiedene parlamentarische Versammlungen hervor, die die Macht der Monarchen einschränkten. Alec R. Myers bemerkte: «Fast überall im lateinischen Christentum wurde von den Regenten irgendwann das Prinzip akzeptiert, dass sie, abgesehen von normalen Einnahmen der Krone, keine Steuern ohne Einwilligung des Parlaments erheben konnten. Mit der Budgethoheit beeinflusste (das Parlament) häufig die Politik des Regenten, insbesondere hielten sie ihn von militärischen Abenteuern ab» (Myers 1975, 29f.).

In einer neuen Zusammenfassung der modernen Erforschung des Mittelalters fasste Norman F. Cantor das Erbe des Mittelalters in erstaunlich ähnlichen Worten zusammen, wie es heutige institutionelle Historiker tun:

«Im Modell der zivilen Gesellschaft finden die meisten guten und wichtigen Dinge unterhalb der staatlichen Ebene statt: Die Familie, die Kunst, das Lernen, die Wissenschaft, das Unternehmertum und technischer Fortschritt. Dies ist die Arbeit von Individuen und Gruppen, der Staat ist fernab und nicht daran beteiligt. Es ist die Herrschaft des Rechts, die die unersättliche Aggressivität und Korruption des Staates abwendet und der Zivilgesellschaft unterhalb der Staatsebene Freiheit gibt. Die mittelalterliche Welt war eine, in der Männer und Frauen die meiste Zeit fast ohne Einmischung des Staates ihr Schicksal bestimmten» (Cantor 1991, 416).

Ein sehr wichtiger Faktor in der Entwicklung des Westens, der möglicherweise auch mit dem Christentum in Zusammenhang steht, wurde von neueren Wirtschaftshistorikern noch nicht erschöpfend diskutiert. Gemeint ist der relative Mangel an institutionalisiertem Neid in der westlichen Kultur. In einem von Bauer empfohlenen

Werk lenkt der Soziologe Helmut Schoeck die Aufmerksamkeit auf die Omnipräsenz des Neids in menschlichen Gesellschaften (Schoeck 1969). Da diejenigen, gegen die sich der Neid richtet, diesen als grosse Bedrohung wahrnehmen, haben sie einen grossen Anreiz dafür zu sorgen, dass Neid nach Möglichkeit vermieden wird: Sie versuchen, böswilligen Neid und dessen Gefahren zu vermeiden, indem man alles leugnet oder versteckt, was diesen provozieren könnte. Die unwirtschaftlichen Konsequenzen des sozial erlaubten – oder sogar angeregten – Neids und deren Ausweichreaktionen können nur schlecht quantifiziert werden. Nichtsdestotrotz können sie sehr schädlich sein.

Auf anthropologischen Studien aufbauend beschreibt Schoeck den Schaden, welchen der institutionalisierte Neid ökonomischen Wachstumsprozessen zufügen kann. Gemäss Schoeck hat es Europa erstaunlich gut geschafft, Neid einzudämmen. Warum dies gelang, ist weniger klar. Schoeck verweist auf den christlichen Glauben: «Es muss einer der wichtigsten, wenn auch unbeabsichtigten Erfolge des Christentums sein, die Menschheit auf innovative Handlungen vorzubereiten, als es sie erstmals mit einer übernatürlichen Macht konfrontierte, die weder Neid noch Spott empfinden konnte» (ebd., 79). Jedoch wäre es falsch, die schwache Neidkultur nur durch den christlichen Glauben erklären zu wollen, zumal es christliche Regionen gibt, in welchen Neid durchaus präsent ist.

Fallstudien der Entwicklung

Ganz offensichtlich hat sich Europa nicht überall mit gleicher Geschwindigkeit entwickelt. Insbesondere in der modernen Zeit gaben die Niederlande und England das Tempo wirtschaftlicher Entwicklung vor, während andere Länder hinterherhinkten. Die institutionelle Schule kann auch diese Tatsache erklären.

Die Niederlande hatten lange von einem Rechtssystem profitiert, das ihnen die Herzoge von Burgund hinterlassen hatten. Diese Herrscher, die in Zusammenarbeit mit Grossgrundbesitzern regiert hatten, unterstützten und förderten ein offenes Handels- und Industriesystem, welches auf dem Schutz von Eigentumsrechten basierte. Mit dem Aufschwung der „nördlichen Niederlande“ (die Vereinigten Provinzen oder «Holland») zeigt sich ein fast perfektes Beispiel für das europäische Wunder. Diese Gegend war ein wichtiger Akteur in europäischen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen in den Jahrhunderten zuvor. Wie Cipolla beobachtet hat, «schwung sich das Land zu der wirtschaftlich dynamischsten europäischen Nation auf und war alles andere als ein unterentwickeltes Land, nachdem es zuvor im 16. Jahrhundert gegen den spanischen Imperialismus rebellierte und sich befreit hatte» (Cipolla 1981, 263). Seine Freiheit verdankte es in erster Linie dem dezentralen Staatensystem Europas, und auch im Inneren etablierte sich eine dezentral organisierte Ordnung, ohne König und Hof, ein «kopfloses Commonwealth», das sichere Eigentumsrechte mit Rechtsherrschaft, religiöser Toleranz, intellektueller Freiheit und Wohlstand verband. Es überrascht nicht, dass Holland einen starken Vorzeigeeffekt ausübte. Wie Koenraad W. Swart feststellt:

«Sowohl Ausländer als auch Niederländer neigten dazu zu glauben, dass die Republik Niederlande einzigartig sei, indem sie ein noch nie gesehenes Mass an Freiheit bezüglich Religion, Handel und Politik zuliesse. In den Augen der Zeitgenossen war es diese Kombination von Freiheit und wirtschaftlicher Vorherrschaft, die das wahre Wunder der Republik Niederlande ausmachte» (Swart 1969, 20).

Das holländische Experiment wurde von vielen anderen europäischen Nationen mit grossem Interesse verfolgt – insbesondere von England, wo eine grosse Offenheit für die Erkenntnis bestand, dass Freiheit durch Wohlstand belohnt wird. Die tiefe Verwurzelung des ökonomischen Individualismus und der daraus resultierenden Entwicklung in England schon während des Mittelalters wurde von Alan Macfarlane (1978; 1987) betont. In der frühen Neuzeit wirkte das Common Law, welches sich über viele Jahrhunderte entwickelt hatte, als Garant für die Unantastbarkeit von Eigentum und des freien Eintritts zu Industrie und Handel gegen die Politik der frühen Stuart-Könige.

Angesichts autoritärer Machtanmassungen handelten Sir Edward Coke und seine juristischen Partner nach den Worten von North und Thomas «um die Schaffung von Eigentumsrechten den königlichen Launen zu entziehen; um bestehende Eigentumsrechte in einem überpersönlichen Recht festzuhalten, über das Gerichte wachen» (1973, 148). Entscheidend ist in beiden Fällen, der Niederlande und Englands, die Aufrechterhaltung und Wahrung traditioneller repräsentativer Versammlungen mit dem Ziel, dem Herrscher das Recht zu verweigern, nach seinem Willen zu besteuern. Die antiautoritäre Seite machte sich den traditionellen Diskurs zunutze, dessen Schlüsselkonzepte «Rechte», «Freiheiten», «Naturgesetze» und «Verfassung» hiesse.

Der Niedergang Spaniens, auf der anderen Seite, kann ebenfalls durch unser Modell erklärt werden. Die Konfiszierung der Besitztümer der Juden und Mauren durch die spanische Krone, war laut North und Thomas «symptomatisch für die Unsicherheit aller Eigentumsrechte. Konfiszierungen oder unilaterale Veränderungen von Verträgen waren wiederkehrende Phänomene, welche schlussendlich jede Gruppe betrafen, die im Handel, der Industrie oder der Landwirtschaft tätig war. Weil Eigentum nicht sicher war, war die Hemmung wirtschaftlicher Aktivitäten die unvermeidbare Konsequenz» (ebd., 131).

Der wirtschaftliche Zerfall Spanien wurde als Mahnmal angesehen und spielte eine mächtige Rolle bei den politischen Erwägungen und Entscheidungen in anderen Ländern.

Die Frage der Autonomie des Marktes und der Bändigung des räuberischen Staates als wichtiger Faktor für wirtschaftliche Entwicklung wird auch in der Untersuchung nicht-europäischer Kulturen verfolgt. Baechler, zum Beispiel, stellt fest, dass «jedes Mal, wenn China politisch geteilt war, der Kapitalismus florierte», und beschreibt, dass Japans Geschichte auf ähnliche Bedingungen zurückblicken kann, wie diejenigen in Europa (1975, 82-86). Anderson kommt nach einer Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas in der Sung-Dynastie und der Tokugawa-Dynastie

Japans, der Niederlande und Englands, zu dem Schluss, dass wirtschaftliche Entwicklung immer dann vorkam, wenn die Regierung die Beschränkungen ökonomischer Aktivitäten lockerte (Anderson 1991, 73-74).

Während zweifellos noch grosser Forschungsbedarf hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung nicht-europäischer Länder besteht, spricht die Evidenz bis jetzt für die Grundaussagen des institutionellen Analyseansatzes.

Europa im Kontrast zu Russland

Die Bedeutung des europäischen Wunders wird besonders deutlich, wenn die Entwicklung Europas mit jener Russlands verglichen wird. Colin White fasst folgende Faktoren zusammen, welche Russlands Rückstand bedingten: «eine schwache Ressourcenausstattung, eine feindselige, risikoreiche Umwelt, ein Unglück verheissende politische Tradition und ein ebensolches institutionelles Erbe, ethnische Unterschiede und die Schwäche jener Schlüsselgruppen, die die Macht des Staates, der Kirche und der Oligarchen hätten beschränken können» (1987, 136). Nach der Zerstörung des Kiewer Rus durch die Tataren und dem Aufstieg Moskaus war Russland über viele Jahrhunderte durch die Abwesenheit von Rechtsherrschaft gekennzeichnet, die Sicherheit der Person und des Eigentums eingeschlossen.

Das moskauische Russland war allgemein bekannt für Rechtlosigkeit sowie Armut. Als der Abgesandte von Elisabeth I. Ivan den Grossen nach dem Status seiner Untertanen befragte, bekam er als Antwort: «Alle sind sie Sklaven» (Besançon, in Baechler, Hall und Mann 1988, 161). Ivan IV., auch der Schreckliche genannt, zerschlug die blühenden Handelsrepubliken Novgorod und Pskov und liess seine Leibgarde – die Oprichnina – ein rasendes Gemetzel ausführen, das bezeichnend dafür wurde, was im Moskauer Staat erlaubt war. Alain Besançon kommentiert trocken, dass «von den drei Legenden (der Römer, Germanen und Russen), die in der Erscheinung von Dracula die Herrschaft Vlads des Pfählers darstellten, nur die Russen ihm Lobeshymnen sangen» (ebd.).

Der Adel in Russland war ein staatsdienender Adel, ohne jegliche unabhängige Basis. Wie White beobachtet: «Russland war nie ein richtiger Feudalstaat in westlichem Sinne» (1987,10). Im Gegensatz zu Europa und Amerika waren die Städte «nur ein anderer Arm des Staates» (ebd., 137f.). Die Unterschiede zwischen Russland und dem Westen lassen sich auch an ihren unterschiedlichen Vorstellungen des «Absolutismus» erkennen. Das Konzept Ivan des Vierten ist gut bekannt. Es lässt sich mit dem eines politischen Autors des Westens kontrastieren, der als Verteidiger des royalen Absolutismus Berühmtheit erlangte: Jean Bodin. Alexander Yanov hielt fest, dass trotz all seines Glaubens an den Absolutismus galt:

«Bodin sah das Privateigentum der Bürger als unantastbaren Besitz, über den sie verfügen konnten, genauso wie der Monarch über seine Untertanen verfügen konnte. Bürger zu besteuern und ihnen ohne freiwilligen Konsens ihren Besitz wegzunehmen, war auch aus Bodins Sicht schlichter Raub» (Yanov 1981, 44f.)

In diesem Zusammenhang erzählt Yanov (1981, 44) eine vielsagende Anekdote: Ein französischer Diplomat bekräftigte in einem Gespräch mit einem englischen Kollegen seinen Glauben an das durch Ludwig XIV. verkündete Prinzip, nach dem der König letztlich Besitzer allen Eigentums in seinem Königreich sei (ein Prinzip, nach dem nicht einmal der Sonnenkönig wagte zu handeln). Der Engländer erwiderte: «Haben Sie öffentliches Recht in der Türkei studiert?»

Die Tatsache, dass Russland das Christentum von Byzanz und nicht von Rom erhielt, formte die ganze russische Geschichte (Pipes 1974, 221-43). Um es in den Worten von Richard Pipes zu sagen, wurde die orthodoxe Kirche in Russland, genau wie jede andere Institution «Diener des Staates».

Pipes schliesst in Hinblick auf die Verhältnisse zwischen Staat und Gesellschaft in Russland vor dem Jahr 1900: «Keine der sozialen oder wirtschaftlichen Gruppen des alten Regimes war fähig oder gewillt, das Machtmonopol der Krone herauszufordern. Sie vermochten es nicht, weil die Krone effektiv allen Besitz, alle Territorien innerhalb des Reichs und alle Bewohner als Diener beanspruchte und dadurch verhinderte, dass sich Macht oder Reichtum Unabhängiger ansammelte» (ebd., 249).

Jene Ideen des Liberalismus, die sich überhaupt in Russland ausbreiteten, kamen zwangsläufig aus dem Westen. Alexander Radishchev lernte an der Universität Leipzig, als er Vorlesungen über Naturrechte hörte. Zum ersten Mal leuchtete ihm ein, dass die Macht des Zaren beschränkt werden könnte (Clardy 1964, 37f.). Besançon verfolgt die Anfänge der Entwicklung hin zu einer marktorientierten Wirtschaftspolitik vor dem ersten Weltkrieg soweit, dass er feststellt, wie russische Minister die Werke liberaler Ökonomen lasen (Besançon, in Baechler, Hall, und Mann 1988, 166).

Der Niedergang marxistischer Geschichtsschreibung

Die marxistische Theorie der Geschichte ist voll von – in manchen Fällen beabsichtigten – Widersprüchlichkeiten und Doppeldeutigkeiten. Wenn dem «historischen Materialismus» überhaupt irgendein relevanter Inhalt zugeschrieben werden kann, dann ist es als eine technologische Interpretation der Geschichte (Mises 1957, 106-12; Bober 1962, 3). Dies, obschon Nathan Rosenberg (1982, 34-51) in Abrede gestellt hat, dass für Marx die technologischen Faktoren «die unabhängige Variable der gesellschaftlichen Entwicklung» seien (Cohen 1978, 134).

Nach Ansicht von Marx, Engels und anderen Theoretikern des „Goldenen Zeitalters“ der Zweiten Internationale entwickelt sich die Geschichte aufgrund von Veränderungen in den materiellen produktiven Kräften (der technologischen Basis), welche bestehende Produktionsformen (das Privateigentum) überholt erscheinen lassen. Da diese technologischen Veränderungen die Produktionsformen verändern, muss sich zwangsweise auch die gesamte rechtliche, politische und ideologische Ordnung der

Gesellschaft wandeln (Marx 1859, 1969b). Marx pflegte es aphoristisch auszudrücken: «Die Windmühle hinterlässt eine feudale Gesellschaft, die dampfgetriebene Mühle eine Gesellschaft industrieller Kapitalisten» (Marx 1969a, 130).

Natürlich wurde der Marxismus über Generationen hinweg vielfältiger, vernichtender Kritik ausgesetzt – nicht zuletzt hinsichtlich seiner Geschichtsphilosophie. Das neuere Verständnis europäischer Geschichte ist jedoch besonders vernichtend hinsichtlich einiger seiner grundlegenden Behauptungen, indem es die Aufmerksamkeit vermehrt auf die auffällige Platitude des «historischen Materialismus» lenkt. Dieses neue Verständnis besteht darauf, dass der kolossale Fortschritt der Technologie in der westlichen Welt im letzten Jahrhundert selbst erklärt werden muss. Die Erklärung, welche es anbietet, bezieht sich auf die spezifischen institutionellen und moralischen Muster, die in Europa über die Jahrhunderte entstanden sind. Neue und produktive Maschinen sind nicht einfach vom Himmel gefallen, noch war die spektakuläre Vermehrung technischen und wissenschaftlichen Wissens unvermeidlich. Anderson fasst die Evidenz zusammen:

«Der wissenschaftliche und technologische Stillstand, der auf die beeindruckenden Leistungen der Song Dynastie folgten oder auf die Blüte des frühen Islam, zeigt, dass Wissenschaft und Technologie nicht jene Dynamik in sich tragen, die in der Europäischen Erfahrung sichtbar wird» (Anderson 1991, 46).

Im Gegenteil: Wissenschaft und technologischer Fortschritt entspringen dem Zusammenspiel von politischen, rechtlichen, religiösen und moralischen Elementen, welche der orthodoxe Marxismus abschätzig als die «Suprastruktur» der Gesellschaft bezeichnet.

Schlussfolgerung

Der indische Entwicklungsökonom R. M. Sundrum stellt fest: «Wenn wir verstehen wollen, wie heute Entwicklung in ärmeren Ländern gefördert werden kann, müssen wir verstehen, welche historischen Prozesse die bereits entwickelten Länder in der Vergangenheit verändert haben, und warum genau diese Prozesse an den noch nicht entwickelten Orten nicht stattgefunden haben» (zitiert in Arndt 1987, 177). Dies ist auch die Position, die P. T. Bauer vertritt. Indem er den «zeitlosen Ansatz» der ökonomischen Entwicklung ablehnt, betont Bauer die vielen Jahrhunderte welche das wirtschaftliche Wachstum des Westens erforderte, und das Zusammenspiel zahlreicher kultureller Faktoren, das seine Voraussetzung war. Am wichtigsten ist gemäss Bauer, dass sich in der westlichen Welt Institutionen und Werte entwickeln konnten, die Privateigentum und Marktlösungen bevorzugten, die Willkür und Gier des Staates einschränkten, Innovationen ermutigten sowie den Gedanken, dass Menschen fähig sind, ihr Schicksal durch ihre Handlungen am Markt zu verbessern.

Erst vor kurzem rügte Walt W. Rostow in einer Zusammenfassung von Bauers Werk, dass dieser «die grosse und wichtige Rolle des Staates in der Anfangsphase der Entwicklung nicht angemessen zu würdigen wusste» (Rostow 1990, 386). Diese

Kritik ist nicht weiter verwunderlich, da sie von einem führenden Vertreter jener Position stammt, die Bauer stets als irreführenden Konsens anprangerte. Doch sie findet wenig Unterstützung in den Arbeiten jener Historiker, mit denen wir uns hier befasst haben. Während manche von diesen dem Staat eine signifikante Bedeutung in manchen Gebieten zuschreiben würden – insbesondere in der Definition und Durchsetzung von Eigentumsrechten – besteht hier kein Widerspruch zu Bauers Analyse. Auch der Gesamteindruck ihrer Werke – welche die Bedeutung der Grenzen staatlichen Handelns betonen – stützt eher Bauers Position als diejenige von Rostow.

Peter Burke, welcher über eines der frühesten Beispiele europäischer Entwicklung schrieb, die Händlerstaaten in Norditalien und den Niederlanden, beschreibt sie als «unternehmerfreundliche Kulturen, in denen die Regierungen relativ wenig taten, was ökonomisches Wachstum hätte behindern können, eine negative Eigenschaft, welche ihnen dennoch einen wichtigen Vorteil gegenüber ihren Wettbewerben verschuf» (Burke, in Baechler, Hall und Mann 1988, 230). William H. McNeill merkt an, dass «in Europa diejenigen Staaten besonders wohlhabend wurden, die privatem Kapital und Unternehmertum den grössten Raum liessen, während besser regierte Gesellschaften, in denen entweder die Wohlfahrt oder die Kriegsführung einen grösseren Anteil der Ressourcen beanspruchten, zurückfielen.» Die führenden Nationen des Wirtschaftswachstums waren für McNeill die «auffällig unregierten Länder Holland und England» (McNeill 1980, 65). Und Eric. L. Jones zitiert als ein Grundprinzip für die Erklärung von Wachstum eine berühmte Passage von Adam Smith: «Es ist wenig mehr verlangt um einen Staat von der tiefsten Barbarei zum höchsten Grad des Wohlstands zu führen, als Frieden, tiefe Steuern und eine erträgliche Rechtsprechung; der Rest wird durch die natürliche Entwicklung herbeigeführt» (Jones 1987, 234f., zitiert in Stewart 1966, 68).

Das neue Paradigma, das durch Arbeiten dieser und anderer Wissenschaftler geschaffen wurde, hat geholfen, weitere wichtige Forschungsarbeiten voranzubringen. Selbstverständlich sind zahlreiche weitere Studien notwendig. Doch es ist wahrscheinlich, dass künftige Werke die Ansichten von Bauer weiter untermauern und stützen werden. Wie Anderson beobachtet: «Die Betonung der Befreiung von Beschränkungen weist eine fruchtbare Richtung für die Erforschung der Frage, warum manche Gesellschaften ökonomische Entwicklung erlebten und andere nicht» (Anderson 1991, 73-74). In jedem Fall wird dieses Thema für viele Wissenschaftler von hohem Interesse bleiben – und für viele Millionen Menschen in der unterentwickelten Welt eine Frage von Leben oder Tod.

Literaturverzeichnis

- Acton, John Emerich Edward Dalberg. 1956. «The History of Freedom in Christianity.» In *Essays on Freedom and Power*, ed. Gertrude Himmelfarb, 82–112. New York: Meridian.
- Anderson, J. L. 1991. *Explaining Long-Term Economic Change*. London: Macmillan.
- Arndt, H. W. 1987. *Economic Development: The History of an Idea*. Chicago: University of Chicago Press.
- Baechler, Jean. 1975. *The Origins of Capitalism*. Trans. Barry Cooper. Oxford: Basil Blackwell.
- Baechler, Jean, John A. Hall, and Michael Mann, eds. 1988. *Europe and the Rise of Capitalism*. Oxford: Basil Blackwell.
- Bauer, P.T. 1971. «Economic History as Theory.» *Economica*, new series 38, no. 150 (May): 163–79.
- —. 1972. *Dissent on Development. Studies and Debates on Development Economics*. Cambridge: Harvard University Press.
- Berman, Harold J. 1974. «The Influence of Christianity on the Development of Western Law.» In *idem, The Interaction of Law and Religion*, 49–76. Nashville/New York: Abingdon Press.
- —. 1983. *Law and Revolution: The Formation of the Western Legal Tradition*. Cambridge: Harvard University Press.
- Besançon, Alain. «The Russian Case.» In Baechler, Hall, and Mann 1988, 159–68.
- Bober, M. M. 1962. *Karl Marx's Interpretation of History*. Cambridge: Harvard University Press.
- Burke, Peter. «Republics of Merchants in Early Modern Europe,» 220–33. In Baechler, Hall, and Mann 1988.
- Cantor, Norman F. 1991. *Inventing the Middle Ages: The Lives, Works, and Ideas of the Great Medievalists of the Twentieth Century*. New York: William Morrow.
- Carlyle, R. W., and A. J. Carlyle. 1950. *A History of Medieval Political Theory in the West*. Vol. 6, *Political Theory from 1300 to 1600*. Edinburgh: Blackwood.
- Chiot, Daniel. 1986. *Social Change in the Modern Era*. San Diego: Harcourt, Brace, Jovanovich.
- Cipolla, Carlo M. 1981. *Before the Industrial Revolution: European Society and Economy, 1000–1700*, 2d ed. London: Methuen.
- Clardy, Jesse V. 1964. *The Philosophical Ideas of Alexander Radishchev*. New York: Astra.
- Cohen, G. A. 1978. *Karl Marx's Theory of History: A Defence*. Princeton: Princeton University Press.

- Dorn, James A. 1987. «Introduction: Development Economics after Forty Years.» *Cato Journal* 7, no. 1 (Spring/Summer): 1–19.
- Hayek, F. A. 1954. «History and Politics.» In idem, ed., *Capitalism and the Historians*. Chicago: University of Chicago Press.
- Hicks, John. 1969. *A Theory of Economic History*. Oxford: Oxford University Press.
- Jones, E. L. 1987. *The European Miracle: Environments, Economies, and Geopolitics in the History of Europe and Asia*. 2d ed. Cambridge: Cambridge University Press.
- — . 1988. *Growth Recurring. Economic Change in World History*. Oxford: Oxford University Press.
- Kennedy, Paul. 1987. *The Rise and Fall of the Great Powers: Economic Change and Military Conflict, 1500–2000*. New York: Random House.
- Landes, David. 1970. *Unbound Prometheus: Technological Change and Industrial Development in Western Europe from 1750 to the Present*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lopez, Robert S. 1971. *The Commercial Revolution of the Middle Ages 950–1350*. Englewood Cliffs, N.J.: Prentice-Hall.
- Macfarlane, Alan. 1978. *The Origins of English Individualism: The Family, Property, and Social Transition*. Oxford: Basil Blackwell.
- — . 1987. *The Culture of Capitalism*. Oxford: Basil Blackwell.
- McNeill, William H. 1980. *The Human Condition: An Ecological and Historical View*. Princeton: Princeton University Press.
- Marx, Karl. [1847] 1969a. *Das Elend der Philosophie*. In Karl Marx and Friedrich Engels, *Werke*, 4. Berlin: Dietz.
- — . [1859] 1969b. «Vorwort,» *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*. In Karl Marx and Friedrich Engels, *Werke*, 13. Berlin: Dietz.
- Mises, Ludwig von. 1957. *Theory and History*. New Haven, Conn.: Yale University Press.
- Myers, A. R. 1975. *Parliaments and Estates in Europe to 1789*. New York: Harcourt, Brace, Jovanovich.
- North, Douglass C. 1981. *Structure and Change in Economic History*. New York: Norton.
- North, Douglass C., and Robert Paul Thomas. 1973. *The Rise of the Western World: A New Economic History*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Osterfeld, David. 1992. *Prosperity versus Planning: How Government Stifles Economic Growth*. Oxford: Oxford University Press.
- Pipes, Richard. 1974. *Russia under the Old Regime*. New York: Scribners.

- Pirenne, Henri. 1937. *Economic and Social History of Medieval Europe*. Trans. I.E. Clegg. New York: Harcourt, Brace.
- Roberts, J. M. 1985. *The Triumph of the West: The Origins, Rise, and Legacy of Western Civilization*. Boston: Little, Brown.
- Rosenberg, Nathan. 1976. *Perspectives on Development*. Cambridge: Cambridge University Press.
- —. 1982. *Inside the Black Box: Technology and Economics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rosenberg, Nathan, and L. E. Birdzell, Jr. 1986. *How the West Grew Rich: The Economic Transformation of the Industrial World*. New York: Basic Books.
- Rostow, W. W. 1990. *Theorists of Economic Growth from David Hume to the Present: With a Perspective on the Next Century*. New York: Oxford University Press.
- Schoeck, Helmut. [1969] 1987. *Envy: A Theory of Social Behaviour*. Reprint. Indianapolis: Liberty Press.
- Stewart, Dugald. [1793] 1966. *Biographical Memoir of Adam Smith*. Reprint. New York: Augustus M. Kelley.
- Swart, K. W. 1969. *The Miracle of the Dutch Republic as Seen in the Seventeenth Century*. London: H.K. Lewis.
- Viner, Jacob. 1978. *Religious Thought and Economic Society*. Ed. Jacques Melitz and Donald Winch. Durham, N.C.: Duke University Press.
- Walters, A.A. 1989. «Bauer, Peter Tamas.» In *The New Palgrave: Economic Development*, ed. John Eatwell, Murray Milgate, and Peter Newman. New York: W.W. Norton.
- Weede, Erich. 1988. «Der Sonderweg des Westens.» *Zeitschrift für Soziologie* 17, no.3 (June): 172–86.
- —. 1990. *Wirtschaft, Staat, und Gesellschaft: Zur Soziologie der kapitalistischen Marktwirtschaft und der Demokratie*. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- White, Colin. 1987. *Russia and America: The Roots of Economic Divergence*. London: Croom Helm.
- Yanov, Alexander. 1981. *The Origins of Autocracy: Ivan the Terrible in Russian History*. Trans. Stephen Dunn. Berkeley: University of California Press.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Dieser Beitrag erschien im LI-Band «Europa – Die Wiederentdeckung eines grossen Erbes».

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2017, Liberales Institut.